

## TSCHECHEN UND DEUTSCHE IN DER ERSTEN REPUBLIK

*Von Gottfried Schramm*

In seiner Neujahrsbotschaft im Jahr 1922 erklärte Staatspräsident Masaryk, daß die tschechisch-deutsche Frage nach seiner Auffassung die wichtigste, ja überhaupt die einzig wichtige Frage in der Tschechoslowakischen Republik sei<sup>1</sup>. Diese Frage hatte, so wäre hinzuzufügen, zwei Seiten: Wie setzt sich der neue Staat mit der Problematik seiner größten Minderheit auseinander und wie wurde diese Minderheit mit der Problematik des neuen Staates fertig? Es scheint mir, daß diese doppelte Problematik in der zeitgenössischen westdeutschen Literatur – auch wenn wir die extrem nationalistische Literatur beiseite lassen – nicht immer richtig dargestellt wird. So lesen wir beispielsweise in dem im übrigen sehr sachlichen Handbuch des jungen Historikers Jörg K. Hoensch über die Geschichte der Tschechoslowakei 1918–1965 (aus dem Jahr 1966) in der Einleitung folgenden Satz: „Fehlender Wille und Unentschlossenheit, die Minderheitenfragen und das slowakische und ruthenische Autonomiebegehren rechtzeitig einer gerechten Lösung zuzuführen, trugen ebenso wie ein während der Weltwirtschaftskrise sprunghaft unter den Minoritäten erwachender, von den Regierungen der Nachbarstaaten unter der Führung Hitlers pervertierter Nationalismus zu der Verstümmelung der ČSR im Münchener Abkommen 1938 und ihrer Liquidation nach der Errichtung des ‚Schutzstaates‘ Slowakei und des Protektorats ‚Böhmen-Mähren‘ im März 1939 bei“. Dies ist ein langer, in deutscher Weise verschränkter Satz, aus dem wir herauslesen, daß vier Faktoren eine Rolle spielten:

1. ein Versagen des Staates, der keine Bereitschaft zeigte, die Nationalitätenfragen der Deutschen, Slowaken und Ruthener zu lösen;
2. die Weltwirtschaftskrise, die niemand zu verantworten hatte;
3. der Nationalismus, der in der Zeit seines „sprunghaften Erwachens“ offenbar als bloße Folgewirkung des ersten und zweiten Faktors begriffen wurde;
4. Hitler, der diesen Nationalismus pervertierte und für seine Ziele nutzte.

---

<sup>1</sup> Der Verfasser, der seit 1965 Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Universität Freiburg lehrt, folgt einer Anregung von Rudolf Jaworski, wenn er die folgende, bereits zwanzig Jahre alte Skizze zum Druck gibt. Es handelt sich, wohlgermerkt, nicht um Forschung, sondern um Lehre. Sie wurde in der Form belassen, in der sie seinerzeit vorgetragen wurde: zunächst im Rahmen meiner Freiburger Vorlesung über „Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen“, dann, im Juni 1968, vor Historikern in Brünn und Prag. Stücke aus der tschechischen Übersetzung, die mir Antonín Měšťan für meine Vortragsreise anfertigte, erschienen unter dem Titel *Češi a Němci v ČSR* [Tschechen und Deutsche in der ČSR] in der Zeitschrift *Dějiny a současnost* 18 (1968) Nr. 48, S. 14–17.

Was ließe sich dieser komprimierten Analyse von Hoensch hinzufügen? Zunächst einmal können wir das slowakische und das ruthenische Problem beiseite lassen. Ich habe in meinen vorangegangenen Vorlesungen in Freiburg darauf hingewiesen, daß die slowakische Frage die Integrität der Republik ganz offensichtlich so lange nicht bedrohte, bis Hitler den slowakischen Separatismus anzuheizen begann. Das ruthenische Problem war unbedeutend und wurde bis 1939 ohne ernsthafte Schwierigkeiten bewältigt. Es bleibt also nur die deutsche Frage. War Hitler wirklich nur der vierte Sprengsatz nach den Versäumnissen des tschechoslowakischen Staates, nach der Weltwirtschaftskrise und der steigenden Flut des Nationalismus? Oder verhielt es sich nicht vielmehr so, daß er mit seiner Politik gar nicht darauf angewiesen war, daß der tschechoslowakische Staat bestimmte Probleme nicht zu lösen vermochte und der Druck der Wirtschaftskrise zunehmende Spannungen hervorrief? Hat denn der tschechoslowakische Staat überhaupt bei der Lösung der Nationalitätenfrage versagt? Es scheint mir an der Zeit zu sein, eine Lanze für die Erste Tschechoslowakische Republik zu brechen, denn die Tschechoslowakei war zusammen mit Finnland der einzige Staat in Ostmitteleuropa, in dem die Demokratie bewahrt wurde, und sie war Finnland noch darin überlegen, daß die Demokratie hier niemals ernsthaft in Gefahr geriet. Meine eigenen Ansichten zu diesem Thema wurden vor nicht allzulanger Zeit durch die Lektüre eines Buches bestätigt, das aus der Feder eines deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei stammt, der nach England emigrierte. Gemeint ist das Buch von Johann Wolfgang Brügel „Tschechen und Deutsche 1918–1938“, das 1967 in München erschienen ist. Die Formulierung von Hoensch, es habe der Wille und die Entschlossenheit gefehlt, die Minderheitenfrage gerecht zu lösen, wird, wie ich meine, der Sache nicht gerecht.

Wie verhielt es sich nun mit dieser Frage bei der Gründung der Republik? Die Tschechoslowakei entstand auf einem Gebiet, das – verglichen mit dem übrigen Europa – erstaunlich stabile Grenzen besaß. Der Karpatenkamm, die böhmischen Grenzgebirge und der Unterlauf der March tauchen als politische Grenzen schon auf einer Landkarte auf, die wir für die Zeit der Ottonen und der Stauferdynastie zeichnen könnten. Diese Grenzen fielen über Jahrhunderte hinweg nicht mit den Grenzen der Nationalität zusammen. Die Randgebiete Böhmens wurden im 12. und 13. Jahrhundert von Deutschen besiedelt, das nördliche Ungarn bildete von alters her die Wohnstätte der Slowaken. Die Festlegung der tschechoslowakischen Grenzen folgte im Westen und im Osten unterschiedlichen Argumenten. Im Osten wurde die uralte politische Verbindung der Slowakei mit Ungarn mit dem Argument der nationalen Selbstbestimmung zerschlagen, dem die Madjaren selbstverständlich – um die Einheit dieses Gebietes zu wahren – historische Argumente entgegensetzten. Im Westen blieb dagegen Böhmen ohne Rücksicht auf die Nationalitätengrenze und im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht als historisches Ganzes erhalten. In Böhmen erwies es sich als notwendig, den nichthistorisch argumentierenden Deutschen entgegenzutreten. Die deutschen Abgeordneten aus Böhmen beschloßen am 21. Oktober 1918, einen „Ausschuß zur Vorbereitung der Konstituierung der Provinz Deutsch-Böhmen in Deutsch-Österreich“ zu bilden. Die deutsch besiedelten Grenzgebiete wurden in vier politische Einheiten eingeteilt. Diese territoriale Reorganisation, durch welche die Eingliederung in die Tschechoslowakische Republik verhindert werden sollte,

wurde von der Hoffnung getragen, es werde möglich sein, sich zusammen mit Österreich – als dessen Teil sich die Deutschen fühlten – dem Deutschen Reich anzuschließen. Anders ausgedrückt handelte es sich um den Versuch, der totalen Niederlage zumindest dadurch etwas Positives abzugewinnen, daß die deutsche nationale Einheit verwirklicht wurde, der in glücklicheren Zeiten die Existenz der Habsburgermonarchie im Wege gestanden hatte. Dieser Gegensatz zwischen den deutschen und den tschechoslowakischen Zielsetzungen wurde damals nicht in demokratischer Weise überbrückt, sondern einfach durch Waffengewalt aus der Welt geschafft. Tschechoslowakische Truppen besetzten die Grenzgebiete, und am 4. März 1919 – anläßlich der Einberufung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in Wien – fanden Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht statt, bei denen u. a. in Kaaden 20 und in Sternberg 16 Menschen ums Leben kamen, wie die deutsche Literatur unablässig in Erinnerung ruft. Wie begründete die tschechoslowakische Seite den Anspruch, die deutsch besiedelten Randgebiete auch gegen den Willen der Bevölkerung in das neue Staatswesen einzubeziehen? Hier spielten verschiedene Argumente eine Rolle:

1. Die Tschechen fühlten sich als Sieger und hatten daher das Recht der Stärkeren. Unumwunden brachte dies Alois Rašín in einem Gespräch mit dem deutschen Sozialdemokraten Josef Seliger am 4. 11. 1918 zum Ausdruck, wobei die Schärfe der Feststellung Rašíns sicher auch etwas damit zu tun hatte, daß er unter habsburgischer Herrschaft im Jahre 1916 aus politischen Gründen zum Tode verurteilt worden war. Rašín erklärte: „Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Sache, aber nach dem Sieg der Entente entscheidet die Macht.“ Was Windischgrätz 1848 den Tschechen entgegengehalten hatte, wandte Rašín nun gegen die Deutschen: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht“. Die Vorstellung, daß die Besiegten aus der Niederlage noch einen nationalen Gewinn ziehen könnten, war für den Tschechen ebenso undenkbar wie für die Verbündeten.

2. Im politischen Klima der Jahre 1918–1919 spielte gewiß auch der Wunsch der Tschechen eine Rolle, sich für erlittenes Unrecht Genugtuung zu verschaffen. Die Deutschen in Böhmen waren ja nicht nur eine in den Randgebieten siedelnde Bevölkerungsgruppe, sondern traten überall im Lande gegenüber den Tschechen als herrschende Nation auf, als Beamte, Unternehmer usw. Sie hatten lange von den Privilegien profitiert, die ihnen die Bestimmungen des Wahlrechts der Habsburgermonarchie einräumten, und von der Unterstützung, die ihnen die Regierung überall zuteil werden ließ. Obwohl sie nur 33 Prozent der Bevölkerung in Böhmen und 25 Prozent der Bevölkerung Mährens stellten, maßten sich die Deutschen an, die führende Rolle in den böhmischen Ländern zu spielen. Gerade die Verhältnisse in der Stadtverwaltung von Brünn erscheinen mir in dieser Hinsicht sehr bezeichnend. Bei den Tschechen war daher die Versuchung groß, den Spieß umzudrehen und nun selbst die Rolle der herrschenden Nation zu übernehmen.

Die Gründer des neuen Staates bezogen ihre Argumente jedoch nicht aus solchen Emotionen. Die führenden politischen Persönlichkeiten der Tschechen, insbesondere Masaryk und Beneš, waren keine verblendeten Nationalisten. Zur Verteidigung der Grenzen von Böhmen und Mähren brachten sie durchaus ernstzunehmende Argu-

mente vor, die beispielsweise im Bericht der tschechoslowakischen Kommission für St. Germain vom 6. März 1919 in dieser Reihenfolge auftauchten:

1. einheitlicher Wirtschaftsraum;
2. einheitlicher Verkehrsraum;
3. die Sicherheit des Staates (der Verzicht auf die Gebirgsgrenze wäre einer Auslieferung des ganzen Landes an die Deutschen gleichgekommen).

Die politische Führung gab zu, daß die Eingliederung einer so großen Zahl von Deutschen in den neuen Staat eine gewisse Hypothek auf dessen Zukunft darstellte, ging aber davon aus, daß bei einer Abtretung der betreffenden Gebiete die negativen Folgen überwiegen würden – auch für die Deutschen selbst, die ohne Zusammenarbeit mit den Tschechen überhaupt nicht existieren konnten.

Gewiß fiel auch manches unglückliche Wort. So wurde behauptet, daß die deutsche Ansiedlung in Böhmen erst in neuerer Zeit erfolgt sei. Das erinnert an Masaryks Ausratscher in seiner ersten Botschaft an das tschechoslowakische Volk vom 22. Dezember 1918, in der er die Deutschen als Einwanderer und Kolonisten bezeichnete. Heute sind wir uns vielleicht mehr darüber im klaren, daß historische Hinweise darauf, wie lange eine bestimmte Gruppe in einem bestimmten Raum gesiedelt hat, für die Lösung von Nationalitätenfragen ohne Bedeutung sind. Es ist beispielsweise unerheblich, daß die Chinesen verhältnismäßig spät nach Singapur gekommen sind, wenn sie dort nun einmal die Mehrheit bilden. Sieht man einmal von dem erwähnten Ausratscher ab, den ich hier nur als Beispiel für sich ständig wiederholende und im Grunde unvermeidbare psychologische Fehler anführe, so waren die oben zitierten Argumente überzeugend. Die Abtretung der Randgebiete Böhmens hätte in der Tat eine Zersplitterung von Wirtschaft und Verkehr des Landes bedeutet. Weiterhin: Zusammen mit der deutschen Mehrheit dieser Gebiete wären Deutschland starke tschechische Minderheiten einverleibt worden. Diese wären in einem großen, national einheitlichen Staat in einer weitaus schwierigeren Lage gewesen als die Deutschen im tschechoslowakischen Staatsverband. Am überzeugendsten ist jedoch das Sicherheitsargument. Zwar erscheint es aus psychologischen Gründen in der oben zitierten Rangfolge an letzter Stelle, da man nicht zugeben wollte, daß man auch ein am Boden liegendes Deutschland fürchtete – seinem Gewicht nach gehörte dieses Argument jedoch an die erste Stelle. Mit Grenzen, die durch Gebirgskämme gebildet wurden, ließ sich der Staat verhältnismäßig gut verteidigen, und dies trotz seiner langgestreckten Gestalt. Ohne diese Grenzen wäre der tschechoslowakische Staat einem starken Deutschland auf Geheiß und Verderb ausgeliefert gewesen. Das Bemühen der Tschechoslowakei, ihre Westgrenze zu sichern, hatte daher nichts mit Siegesrausch zu tun, sondern entsprang der nüchternen Einsicht in die eigenen Interessen. Ohne diese Voraussetzung wäre es nicht möglich gewesen, einen stabilen Staat aufzubauen. Als wenig glücklichen Schritt wird man dagegen die Forderung bezeichnen dürfen, die historischen Grenzen dort zu verändern, wo sich nationale Argumente anboten, wie dies beim Hultschiner Ländchen und bei kleineren Korrekturen der Grenze gegen Österreich der Fall war. Ursprünglich wurden dabei Kompensationen in Betracht gezogen, von denen man aber später Abstand nahm. Hier wurden geringfügige nationale Gewinne um den Preis einer inkonsequenten Argumentation in der Grenzfrage erkaufte.

Fassen wir also zusammen: Die tschechoslowakische Staatsnation setzte sich bei der Gründung des Staates über den Willen der deutschen Bürger hinweg. Aber es bleibt festzuhalten:

1. Von der Staatsgründung wurden die Deutschen erst dann ausgeschlossen, als sich eine unüberbrückbare Kluft zwischen den beiden Völkern aufgetan hatte. Anfangs wurde den Deutschen durchaus eine Beteiligung an Gremien angeboten, die den Staat begründeten.

2. Obwohl die Deutschen nicht an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt waren, wurden Minderheitengesetze verabschiedet, die den Deutschen und anderen Minoritäten sehr weitgehend entgegenkamen. Teilweise erhielten die Minderheiten größere Rechte als sie Staaten mit vorbildlich geregelten Nationalitätenfragen gewährten, etwa die Schweiz, Belgien oder Finnland. Was den Deutschen versagt blieb, war die Einlösung der Forderung nach Autonomie. Die Tschechen wiesen diese Forderung zurück, denn sie sahen in der Autonomie – keineswegs grundlos – den ersten Schritt zur Loslösung der Randgebiete von Böhmen. Wenn wir einmal überlegen, was die Deutschen durch die Verwirklichung der Autonomieforderung erreicht hätten, kommen wir zu dem Schluß, daß sie ihre Stellung in den Gebieten gestärkt hätten, in denen die deutsche Nationalität ohnehin nicht bedroht war. Andererseits hätten die Tschechen nach der Durchführung der deutschen Autonomie keinen Anlaß gesehen, den Deutschen auf der Grundlage der tschechoslowakischen Minderheitengesetze in den Gebieten entgegenzukommen, in denen die deutsche Bevölkerung eine Minorität bildete.

Natürlich können wir in der Geschichte die Frage, ob eine bestimmte Entscheidung als gerecht oder ungerecht anzusehen ist, nicht isoliert betrachten. Wir müssen fragen, wie die Beteiligten reagierten. Verhielt es sich wirklich so, daß sich die Deutschen zu keiner Zeit mit dem neuen Staat abfanden? Die Anfänge waren in der Tat schwierig. Der Abstieg von einer privilegierten Nation zu einer Nationalität im Schatten einer Staatsnation konnte psychologisch nur schwer verkraftet werden, ja brachte solche Schwierigkeiten mit sich, daß man zunächst nicht wahrhaben wollte, welche Vorteile das Verbleiben im Verband der böhmischen Länder bot. Die Festlegung der Grenzen im Jahre 1919 bedeutete, daß das alte, bewährte System der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen erhalten blieb, daß man nicht an Sachsen angegliedert wurde, das die gleiche industrielle Struktur wie Nordböhmen besaß und daher eine höchst unliebsame Konkurrenz dargestellt hätte. Schließlich war es auch von Vorteil, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei einem Staat angehörten, der auf der Seite der Siegermächte des Weltkrieges stand, während Deutschland hohe Reparationen bezahlen mußte und eine kümmerliche Existenz fristete. Es scheint aber, daß diese Argumente mit der Zeit an psychologischem Gewicht gewannen. Die Berichte des deutschen Gesandten in Prag, der doch sicherlich eher die negativen Erscheinungen wahrnahm, konstatieren in den zwanziger Jahren eine durchaus zufriedenstellende Lage der deutschen Minderheit, und diese selbst hat ihre Situation nicht anders eingeschätzt. Den gleichen Schluß kann man aus einer Analyse der Wahlergebnisse in den Jahren 1920, 1925 und 1929 ziehen. In diesen Wahlen sicherten sich die sogenannten aktivistischen Parteien – die Sozialdemokraten, der Bund der Landwirte und die Christlich-Sozia-

len, die dem neuen Staat loyal gegenüberstanden – mit über 70 Prozent der Stimmen die Mehrheit unter den Deutschen. Um den Rest der Wählerschaft konkurrierten die (unabhängig von den reichsdeutschen Nazis entstandenen) Nationalsozialisten und die Partei der Deutschnationalen, wobei erstere den Deutschnationalen ihre allzu ablehnende Haltung zum tschechoslowakischen Staat vorwarfen. Daran ist zu erkennen, daß mit einer betont negativen Einstellung zu dem neuen Staat nur wenig Stimmen zu gewinnen waren, die Integration vielmehr rasche Fortschritte machte. Eher als die Slowakische Volkspartei stellten der deutsche Bund der Landwirte und die deutschen Christlich-Sozialen 1926 je einen Minister der Regierung des Landes. Im Jahre 1929 traten die tschechischen Sozialdemokraten nur unter der Bedingung in die Regierung ein, daß sich auch die deutschen Sozialdemokraten an dieser beteiligen würden, und überließen dann dem Deutschen Dr. Ludwig Czech das Ministerium für Sozialfürsorge. Es war andererseits offensichtlich ein Fehler, die deutschen Christlich-Sozialen bis 1936 in die Opposition zu drängen, obwohl diese Gruppe mehrheitlich nicht gegen die Regierung Front machte. Im Bereich des Schulwesens hätten die Deutschen weitreichende Autonomie erreichen können, d. h. eigene Schulämter und die Einbeziehung in das allgemeine Schulsystem auf ministerieller Ebene. Diese Perspektive wurde seit Hitlers Machtergreifung zunichte gemacht.

Noch vor diesem verhängnisvollen Ereignis wurden freilich die hoffnungsvollen Ansätze zur Integration der Deutschen in den neuen Staat durch die Weltwirtschaftskrise, die die Tschechoslowakei spät, aber um so heftiger traf, schweren Belastungen ausgesetzt. In dieser Zeit ließen sich die Deutschen in den böhmischen Ländern von einer Welle der Unzufriedenheit mit der Prager Regierung mitreißen, und viele von ihnen begannen nun damit, die angeblich ungerechte Lösung der Nationalitätenfrage schärfer und leidenschaftlicher anzuprangern als in den Jahren zuvor.

Der Historiker sollte vermeiden, seine Rekonstruktion der objektiven Kausalzusammenhänge auf die subjektiven Überzeugungen und Zeugnisse der Zeitgenossen zu gründen, und das heißt in unserem Fall auf die Behauptung, daß sich damals, in den Jahren der großen Krise, die Sünden der Vergangenheit rächten. Die Tatsache, daß das von Deutschen besiedelte Nordböhmen besonders schwer von der Krise getroffen wurde, kann nicht daraus erklärt werden, daß die Tschechen vom Staat protegiert wurden, sondern hatte ihre Gründe in der wirtschaftlichen Struktur dieses Gebiets, die überwiegend durch eine veraltete industrielle Produktion geprägt wurde. Auch wenn die Deutschen nach der Entstehung der Tschechoslowakei ihre Autonomieforderung durchgesetzt hätten, wären sie mit der Weltwirtschaftskrise nicht besser fertig geworden, im Gegenteil: In der gegebenen politischen Ordnung, die für die deutschen Gebiete kein eigenständiges Wirtschaftssystem vorsah, konnten die Deutschen davon profitieren, daß die tschechischen Gebiete unter der Krise weniger zu leiden hatten; sie erhielten daher eine höhere soziale Unterstützung als ihrem Beitrag zur gemeinsamen Kasse entsprach. Wenn viele Deutsche dennoch die eigene Not als Folge der politischen Privilegierung der Tschechen interpretierten, dann mythologisierten sie lediglich ein vielschichtiges strukturelles Problem in einer Weise, die für Krisenzeiten allgemein typisch ist.

Solche Mythen können – wie falsch sie auch immer sein mögen – Geschichte machen. In unserem Fall müssen wir jedoch berücksichtigen, daß sich das Kräfte-

verhältnis zwischen den politischen Gruppierungen der Sudetendeutschen im Verlauf der Weltwirtschaftskrise in ähnlicher Weise veränderte wie in der Weimarer Republik. Auch dort behauptete die Linke im wesentlichen ihr Wählerpotential, während die bürgerliche Mitte – soweit nicht ausgesprochen katholisch orientiert – und zum großen Teil auch die alten Rechte von der neuen extremen Rechten ausgebootet wurden. Wie läßt sich diese Parallelität erklären? Am ehesten wohl dadurch, daß die Deutschen unter den Schlägen der Krise wieder nationalen Tendenzen zu verfallen begannen, weil der Faktor, der ihre Integration in die Tschechoslowakei gefördert hatte, nämlich die bessere wirtschaftliche Situation in einem prosperierenden Staat, der auf der Seite der Siegermächte stand, seine Wirksamkeit verloren hatte. Die gegebenen konkreten Bedingungen bestimmten die Form der nationalistischen Unzufriedenheit der Deutschen mit den bestehenden Verhältnissen: in Deutschland war es der Protest gegen die Knechtung durch die Reparationen, in der Tschechoslowakei der Protest gegen die Prager Nationalitätenpolitik.

Man kann die Frage stellen, ob sich die Situation wieder beruhigt hätte, nachdem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden waren. Doch bevor diese Möglichkeit überhaupt aktuell wurde, fegte sie der Gewittersturm, der 1933 begann, hinweg. Von nun an gab es keine Aussicht mehr auf Integration. Denn in Berlin entschied nun ein Mann, den auch die äußersten Zugeständnisse Prags in der Nationalitätenfrage nicht von seiner Entschlossenheit abbringen konnten, die Tschechoslowakei zu zerschlagen. Die Anziehungskraft des wirtschaftlich und politisch erstarkenden Deutschland auf die Deutschen in der Tschechoslowakei nahm von Jahr zu Jahr zu. Während die nationalistische Welle im Verlauf der Weltwirtschaftskrise irrationalen Charakter hatte – wer zu dieser Zeit den Anschluß an Deutschland suchte, wollte den Anschluß an einen sozial und wirtschaftlich verfallenden Staat –, schien die Vereinigung mit dem großen Nachbarstaat nun wirtschaftliche Vorteile zu bieten. Gegen solche psychologischen Kräfte, die in dieser Situation ins Spiel kamen, vermochte auch die beste Nationalitätenpolitik nichts auszurichten.

Und damit haben wir den Punkt erreicht, von dem aus wir die gesamte Problematik überblicken können. Offensichtlich ist es eine irriige Vorstellung, daß die Deutschen die Eingliederung in den tschechoslowakischen Staat von dessen Anfängen über die Weltwirtschaftskrise bis zu Hitler abgelehnt hätten. Als 1919 die großdeutschen Illusionen der Sudetendeutschen zerronnen waren, mehrten sich die Anzeichen für ihre zunehmende Integration in die Republik, die ihrerseits – als entwickelte Demokratie und funktionierendes Wirtschaftsgebilde – eine kaum zu bestreitende Anziehungskraft entfaltete. Gewiß beriefen sich die Deutschen in den Jahren schwächer werden der Einbindung in den Staatsverband erneut auf die Konfliktsituation der Jahre 1918 und 1919, doch wurden mit der Betonung eines kontinuierlichen tschechisch-deutschen Gegensatzes im Grunde nur Bilder der Vergangenheit als ideologisches Instrument für die Gegenwart genutzt. Aus unseren Überlegungen ergibt sich ferner, daß es den Tschechen kaum möglich war, dieser schicksalhaften Verirrung Einhalt zu gebieten. Die Regelung der Verhältnisse der Deutschen, die nach den Maßstäben des damaligen Europa Anerkennung verdiente, ermöglichte den Deutschen eine annehmbare Existenz und die Eingliederung in den Staat. Überdies bot die Stärke der deutschen Minderheit die Gewähr, daß sich die Tschechoslowakei – welche außenpolitischen

und militärischen Mittel sie zur Verteidigung gegen Deutschland auch immer aufbieten mußte – eine gegen Deutschland gerichtete Außenpolitik nicht erlauben konnte. Dadurch wurde verhindert, daß die deutsche Minderheit in einen Loyalitätskonflikt zwischen ihrer staatlichen und ihrer nationalen Zugehörigkeit geriet. Schließlich haben wir gesehen, daß die Verweigerung der vollen Autonomie im Rahmen des tschechoslowakischen Staates der deutschen Minderheit durchaus nicht nur Nachteile eintrug. Wenn die sudetendeutschen Wortführer in den dreißiger Jahren die Regelung des Nationalitätenproblems dennoch als unannehmbar und unerträglich bezeichneten, so drückte sich darin im Grunde nur eine psychische Verfassung aus, die durch das eigene wirtschaftliche Elend und auch durch die Anziehungskraft Deutschlands geprägt wurde, mit der Nationalitätenproblematik der Tschechoslowakei im ganzen aber wenig zu tun hatte. In diesem Sinne fällt auf die tschechoslowakischen Deutschen in der Tat eine Schuld, die ein Teil der Schuld des ganzen deutschen Volkes ist.

Doch sollten wir nicht vergessen, daß die Sudetendeutschen – ohne daß sie dies aus ihrer zeitgenössischen Sicht der Dinge heraus begreifen oder sogar ändern konnten – nur eine kleine Scholle in der großen Eismasse waren, die sich damals in Bewegung setzte. Die Integration der Deutschen in den tschechoslowakischen Staat hatte nur so lange Aussicht auf Erfolg, so lange Deutschland geschwächt war. Die mangelnde Stabilität des tschechoslowakischen Staates war nur ein Teil der geringen Stabilität des Systems von Versailles und St. Germain. Die Schwäche Deutschlands, auf der dieses System aufgebaut worden war, ließ sich auf Dauer nicht aufrechterhalten. Alle Politiker der Weimarer Republik, nicht erst Hitler, richteten ihre Anstrengungen auf die Stärkung Deutschlands. Sobald diese Politik erste Früchte zu tragen begann (und vor allem aus der Haltung Englands in der deutschen Frage konnte man schließen, daß dieser Politik der endgültige Erfolg nicht versagt bleiben würde), schien es fraglich, ob die Integration der Deutschen in den tschechoslowakischen Staat eine Perspektive hatte. Auch ohne Hitler hätten die Deutschen der Anziehungskraft eines wiederaufblühenden und starken Deutschland, das in unmittelbarer Nachbarschaft lag, vermutlich kaum widerstehen können. Es ist deutlich, daß die Tschechoslowakei in einer höchst instabilen Konstellation entstand. Es lag offenbar nicht in der Macht ihrer Politiker, mit allen Bedrohungen fertig zu werden, denen das tschechoslowakische Volk ausgesetzt war – den Bedrohungen von außen, aber auch den Bedrohungen von innen, die sich nur so lange neutralisieren ließen, als vom benachbarten Deutschland keine wirklich bedeutende Anziehungskraft ausging.